

Köln, 11. September 2012

Pflegewissenschaftler sprechen sich für die geplante EU-Reform zur Pflegeausbildung aus Gemeinsames Schreiben an alle deutschen Abgeordneten im EU-Parlament

Mit einem offenen Brief haben sich Vertreter von vier bundesweit tätigen Einrichtungen und Organisationen der Pflegewissenschaft und -forschung für die Reform der EU-Richtlinie 2005/ 36/ EG ausgesprochen. Durch die Reform sollen die Zugangsvoraussetzungen zur Pflegeausbildung verbindlich von zehn auf zwölf Jahre allgemeinbildende Schule bzw. vergleichbare Abschlüsse angehoben werden. Zu den Organisationen gehören das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (dip), die Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft (DGP), das Deutsche Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege (DNQP) und die Dekanekonferenz Pflegewissenschaft. Das Schreiben ist an alle 99 deutschen Parlamentarier nach Brüssel gesandt worden. Demnächst beginnen dort die parlamentarischen Beratungen zur geplanten Änderung der EU-Richtlinie, in der u.a. die automatische Anerkennung von Berufsabschlüssen in der EU geregelt ist.

In ihrer Stellungnahme begrüßen die Organisationen den Reformansatz der EU-Richtlinie im Hinblick auf die Anhebung der Zugangsvoraussetzungen für die Krankenpflegeausbildung ausdrücklich und sprechen sich für eine entsprechend zeitnahe Umsetzung in Deutschland aus. Sie argumentieren, dass die internationale Studienlage auf Zusammenhänge zwischen Qualifikation des Pflegepersonals und Qualität der Versorgung hinweist. Dort wo ein besonders guter Personalmix besteht, sind die Risiken in der Patientenversorgung geringer. Für falsch und gefährlich halten die Autoren das Hauptargument der zahlreichen Gegner der Reform aus Deutschland, dass die Anhebung der Zugangsvoraussetzungen den Fachkräftemangel in der Pflege noch verstärken würde.

In ihrer Stellungnahme weisen die Autoren im Gegensatz darauf hin, dass der Fachkräftemangel in der Pflege in den letzten 15 Jahren auch durch Fehler und Versäumnisse der Politik entstanden ist und nun dramatische Züge annimmt. Sie resümieren, dass nur durch eine entschiedene Aufwertung der Pflege, durch mehr und bessere Aus- und Weiterbildung und durch bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Vergütungen das Rekrutierungsproblem und der Fachkräftemangel in der Pflege in den Griff zu bekommen sei. Dazu gehört auch die Anhebung der Zulassungsvoraussetzung zur Pflegeausbildung in Deutschland. In 24 der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist dies bereits vollzogen worden. Die Organisationen befürchten ansonsten, dass der Pflegestandort Deutschland weiter zurückfällt und Patienten wie Pflegebedürftige Schaden nehmen könnten.

Die Stellungnahme kann unter www.dip.de heruntergeladen werden.

Das gemeinnützige Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (dip) ist ein Institut an der Katholischen Hochschule NRW (KatHO NRW) in Köln und betreibt einen weiteren Standort an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar (PTHV) bei Koblenz. Es beschäftigt rund 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kontakt: Elke Grabenhorst, Tel: 0221/ 46861-30; dip@dip.de

(Veröffentlichung frei, Beleg erbeten)

Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V.

Standort Köln
Hülchrather Str. 15
50670 Köln

Tel. +49 (0) 221/ 46861-30
Fax +49 (0) 221/ 46861-39
Email: dip@dip.de
Internet: www.dip.de